1.8.2023 - Redaktionsmeldungen

Italienische Regenbogenfamilien, Elterngeld und Ehegattensplitting, Verantwortungsgemeinschaft, Sterbehilfe

Die FamRZ verfolgt für Sie die Berichterstattung in den Medien zu aktuellen familienrechtlichen Themen. Einmal monatlich veröffentlichen wir auf famrz.de einen Überblick über die interessantesten Artikel – zum Weiterlesen, Diskutieren oder Wundern.

Italienische Regenbogenfamilien: In Padua sind zwei Mütter verboten

Tagesspiegel | Andrea Dembach

Die Regierung Meloni geht in Italien gegen Regenbogenfamilien vor: Gemeinden im Land wurden bereits im März aufgefordert, keine Kinder gleichgeschlechtlicher Eltern mehr zu registrieren. In Padua hat die Staatsanwaltschaft nun veranlasst, dass die standesamtliche Eintragung einer der beiden Mütter eines fünfjährigen Mädchens rückgängig gemacht wird.

Vollzeitarbeit ist keine Lösung

Die Zeit | Jutta Allmendinger

Die Ampel streitet über Familienpolitik, u.a. über Elterngeld und Ehegattensplitting. Jutta *Allmendinger* findet das in ihrem Gastartikel in der Zeit gut: Endlich werde gestritten über Armut, Familien und Fürsorge! Das Ehegattensplitting sei aus der Zeit gefallen und fördere weiter ein Familienmodell, dass so nicht mehr gelebt werde(n wolle). Teresa *Bücker* ist in der SZ der Meinung: Radikal wäre, das Elterngeld endlich sozial-gerecht zu machen. Eva Marie *Kogel* schreibt unterdessen für die WELT, dass die Mütter Opfer einer erbarmungslosen Kapitalisierung seien und <u>Hausfrauen politisch zum "Auslaufmodell" erklärt</u> würden.

Freundschaft statt Ehe: Formen des Zusammenlebens im Wandel

BR 24 | Anna Giordano

Der französische Philosoph Geoffroy d*e Lagasnerie* kritisiert, dass wir wir in Staaten leben, die die Familie zum Zentrum der Gesellschaft erkoren haben. Freundschaften würden in jeder Hinsicht vernachlässigt. Will die Ampel das mit der "Verantwortungsgemeinschaft" ändern?

Sterbehilfe: Gesetzentwürfe scheitern im Bundestag

NDR.de

Das Bundesverfassungsgericht hat das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe 2020 für verfassungswidrig erklärt. Im Bundestag standen zwei Vorschläge zur Neuregelung der Suizidbeihilfe zur Abstimmung. Keiner der Entwürfe fand eine Mehrheit.